

Keine Macht für Oligarchen:

Bundesregierung endlich runter von X!

Für Recht und Gesetz, für demokratische, offene soziale Netzwerke!

Noch immer nutzen der Bundeskanzler, der Vizekanzler, die Bundesregierung und zahlreiche Bundesbehörden die Social-Media-Plattform X (ehemals Twitter) – trotz unverhohler Drohungen des Besitzers Elon Musk und des US-Außenministers gegen die EU-Kommission und trotz offensichtlicher Rechtsbrüche der Plattform.

Die EU-Kommission hatte vergangene Woche eine 120-Millionen-Strafe wegen Transparenzmängeln gegen X verhängt. X-Besitzer Elon Musk forderte daraufhin, die EU abzuschaffen. US-Außenminister Rubio nannte die Entscheidung „eine Attacke auf alle amerikanischen Plattformen und das amerikanische Volk“ – dabei folgt die EU-Kommission nur Recht und Gesetz (dem Digital Services Act).

Auf der Plattform X verschärfen sich seit Jahren zahlreiche Probleme: Hassrede, Desinformation, Hetze und koordinierte Angriffe auf Journalist*innen, Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und marginalisierte Gruppen. Staatliche Kommunikation auf X verleiht der Plattform Reichweite, Aufmerksamkeit und Legitimität – und damit auch ihrer undemokratischen Entwicklung.

Eine demokratische Regierung trägt besondere Verantwortung für die Bedingungen öffentlicher Debatten. Indem sie zentrale Informationen und Bürgerkommunikation zum Teil exklusiv auf X anbietet, zwingt sie Menschen faktisch, diese Plattform zu nutzen – trotz problematischer Inhalte, intransparenter Moderation, zweifelhafter Unternehmenspolitik und dem Zwang für Nutzende, ihre Daten preiszugeben. Wer staatliche Informationen erhalten oder mitreden will, sollte dazu nicht einen privatwirtschaftlich dominierten Dienst mit fragwürdigen Praktiken unterstützen müssen.

Es gibt bessere Wege: Offene, unabhängige Netzwerke wie Mastodon und das Fediverse stehen für Transparenz, Dezentralität, Datenschutz und digitale Souveränität. Sie erlauben es, Kommunikation gemeinwohlorientiert, zum Wohle aller zu organisieren und eine demokratische Öffentlichkeit technologisch zu stär-

ken, statt sie in den Händen weniger Konzerne zu konzentrieren. Die Bundesregierung muss hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Darum fordern wir:

Die Bundesregierung und ihre Behörden sollen X sofort verlassen und ihre Social-Media-Kommunikation auf offene, gemeinwohlorientierte Plattformen verlagern. Unterstützen Sie die Europäische Kommission darin, Recht und Gesetz auch gegenüber US-amerikanischen Plattformen durchzusetzen.

Petition bei Campact unterzeichnen:

<https://weact.campact.de/petitions/keine-macht-für-oligarchen-bundesregierung-endlich-runter-von-x>

Adressaten

- der Bundeskanzler
- der Vizekanzler
- alle weiteren Mitglieder der Bundesregierung
- das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
- alle Bundesministerien sowie nachgeordneten Bundesbehörden

Warum ist das wichtig?

Staatliche Kommunikation ist keine gewöhnliche Werbung, sondern Teil der demokratischen Grundversorgung. Wenn Regierung und Behörden sich an Plattformen binden, die Hass, Desinformation und intransparente Algorithmen dulden oder fördern, stärken sie Strukturen, die demokratische Öffentlichkeit beschädigen.

Ein Ausstieg aus X ist das notwendige Signal, dass demokratische Werte und Grundrechte Vorrang vor kurzfristiger, vermeintlicher Reichweite haben.

Mit dem Wechsel zu offenen, dezentralen Plattformen kann die Bundesregierung zeigen, dass digitale Souveränität, Datenschutz, Transparenz und Teilhabe nicht nur Forderungen an andere sind, sondern praktizierte eigene Politik. So entsteht eine digitale Öffentlichkeit, die nicht von einzelnen Konzernen kontrolliert wird, sondern in der Bürgerinnen und Bürger, Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf Augenhöhe kommunizieren können. Auch weitere Institutionen der Zivilgesellschaft – Parteien, Verbände, Vereine, Universitäten, Bibliotheken etc. - sollten diesen Schritt nun gehen und X verlassen.

Unsere Forderungen im Detail:

1. Beenden Sie die offizielle Nutzung der Social-Media-Plattform X (ehemals Twitter) durch den Bundeskanzler, die Bundesregierung und alle Bundesbehörden zu Kommunikations- und Informationszwecken.
2. Richten Sie offizielle Präsenzen auf offenen, dezentralen Plattformen wie beispielsweise Mastodon ein und nutzen Sie diese als zentrale Kanäle für staatliche Online-Kommunikation.
3. Erarbeiten Sie verbindliche Leitlinien für die Nutzung sozialer Medien durch staatliche Stellen, die demokratische Werte, Grundrechte, Datenschutz, Barrierefreiheit und digitale Souveränität konsequent berücksichtigen.
4. Unterstützen Sie den Aufbau und die Weiterentwicklung offener, gemeinwohlorientierter digitaler Infrastrukturen – etwa durch Kooperation mit öffentlichen Einrichtungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Wissenschaft.
5. Stellen Sie sicher, dass alle wichtigen Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten der Bundesregierung jederzeit ohne Konto und Datenpreisgabe an privatwirtschaftliche Social-Media-Plattformen zugänglich sind.
6. Unterstützen Sie die Europäische Kommission dabei, Recht und Gesetz auch gegenüber US-amerikanischen Plattformen durchzusetzen.

Erst-Unterzeichnende

Nina George, Autorin

Rocko Schamoni, Schriftsteller, Regisseur, Musiker, Künstler

Dr. Eckart v. Hirschhausen, Wissenschaftsjournalist und Gründer der Stiftung Gesunde Erde-Gesunde Menschen

Marc-Uwe Kling, Autor

Ralph Caspers, Autor & Moderator

Ruth Moschner, Moderatorin und Autorin

Marina Weisband, Psychologin und Publizistin

Saša Stanišić, Schriftsteller

Bodo Wartke, Liedermacher und Kabarettist

Matthias Matschke, Schauspieler

Prof. Dr. Gabriele Hooffacker, HTWK Leipzig

Sascha Pallenberg, Tech-Blogger

Felix Hlatky, Executive Director Mastodon

Sebastian 23, Autor und Aktivist

Raul Krauthausen, Aktivist für inklusion und Barrierefreiheit

Prof. Martin Andree, Autor "Krieg der Medien"

Chris Geletneky, Autor

Johann Scheerer, Musiker

Ralph Ruthe, Cartoonist und Filmemacher

Dirk von Gehlen, Director Think Tank SZ-Institut

Kai Rüsberg, Journalist

Heike Ollertz, Geschäftsführerin FREELENS

Sandra Goldschmidt, Landesbezirksleiterin ver.di Hamburg & stv. Vors.NDR Rundfunkrat

Till Hofmann, Lustspielhaus München

Sandra Barthel, Digitale Gesellschaft

Leena Simon, Digitalcourage e. V.

Johannes Mirus, bonn.digital

Sascha Foerster, bonn.digital

Axel Martens, Fotograf

Henning Krause, Scientists for Future

Anke Domscheit-Berg, Publizistin

Rena Tangens, Digitalcourage e. V.

Jessica Staschen. Stiftungskommunikatorin

Steffen Herrmann, Verleger Junius Verlag

Tiemo Wölken, Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP)

Prof. Dr. Harald Wehnes, Sprecher des Präsidiumsarbeitskreises „Digitale Souveränität“ der Gesellschaft für Informatik e.V.

padeluun, Digitalcourage e. V.

Prof. Ulrich Kelber, Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit a.D.

Hanna Möllers, Juristin (Ass. Jur., LL. M.)

Ralf Stockmann, Podcaster

Paul Nemitz, Visiting Professor Of Law, College of Europe

Erik Tuchfeld, Co-Vorsitzender D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt

Dr. Astrid Deilmann, Geschäftsführende Vorständin Campact e.V.

Alexandra Geese, Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP)

Chan-jo Jun, Mitglied des bayerischen Verfassungsgerichtshofes

Samuel Philipp & Dennis Henke, Gründer Ossrox UG

Markus Beckedahl, Zentrum für Digitalrechte und Demokratie

Bob Blume, Autor & Bildungsaktivist

Frank Spaeing, Vorstand DVD und externer Datenschutzbeauftragter

Stephan Weichert, Journalist, Gründungsvorstand VOCER-Institut für Digitale Resilienz

Prof. Dr. Mario Birkholz, TU Berlin und Aktionsbündnis neue soziale Medien

Gavin Karlmeier, Journalist, Autor, Digitalberater, Podcaster „Haken dran“

Björn Staschen, Geschäftsführer Save Social

Save Social – Networks For Democracy

Greenpeace e. V.

HateAid gGmbH

Deutsche Vereinigung für Datenschutz e.V.

Digitalcourage e. V.

Rückfragen:

Save Social

Björn Staschen

bjoern@savesocial.eu

+49-171-8350264